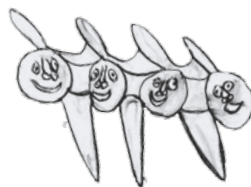


Ausstellung:

Ein unvermuteter Glücksfall



Die Schlumper -
Eine Hamburger Ateliergemeinschaft

Die Entstehung der Hamburger Ateliergemeinschaft „Die Schlumper“ läßt sich als frühes Beispiel für die erfolgreiche gemeinsame Durchsetzung des Eigensinns von als „geistig behindert“ klassifizierten Menschen lesen. Es begann mit einem Projekt des Künstlers Rolf Laute (bis heute der künstlerische Leiter der Gruppe), der 1980 die damals fast revolutionäre Idee hatte, die Bewohner der Alsterdorfer Anstalten über die Wandgestaltung ihres Hauses nicht nur selbst mitreden, sondern auch mitarbeiten zu lassen. Am Ende des Projektes hatten die Bewohner begriffen, dass ihr Werk nicht nur mindestens ebenso schön wie das von professionellen nichtbehinderten Künstlern war, sondern dass sie durch die gemeinsame Arbeit selbst zu Künstlern geworden waren.

Nach Abschluß der Wandmalerei wollten sie nicht mehr in ihr altes Leben als weitgehend passive und fremdbestimmte Heimbewohner zurückkehren, sondern ihre künstlerische Arbeit fortsetzen und gründeten deshalb im Stadthaus Schlump, dem die Gruppe auch ihren Namen verdankt, ihr erstes gemeinsames Atelier. Seit 1993 gibt es das Arbeitsprojekt „Schlumper von Beruf“, wodurch die Künstler mit ihrer Arbeit auch Geld verdienen können: Rund 25 bezahlte Arbeitsplätze sind durch das Projekt entstanden. Seither haben sich „die Schlumper“ den



Ruf als eine der europaweit erfolgreichsten Künstlergruppen von Menschen mit Behinderung erarbeitet, wie zahlreiche Ausstellungen in renommierten Museen im In- und Ausland belegen. Anlässlich des 30jährigen Bestehens der Künstlergruppe zeigt das Kleisthaus in Berlin unter dem Titel „Ein unvermuteter Glücksfall“ eine Ausstellung.

**25. Juni bis 14. August 2010,
werktäglich 8 - 18 Uhr
Kleisthaus, Mauerstr. 52,
10117 Berlin
Eintritt frei**

Die Redaktion **gratuliert** den „Schlumpfern“ zu ihrem 30jährigen Bestehen

(Re-) Präsentationen

Das Verb *präsentieren* bedeutet überreichen, darbieten, vorzeigen. Die Präsentation ist das zugehörige Hauptwort und steht in enger Verbindung mit der Repräsentation (dem Stand gemäßen Auftreten in der Öffentlichkeit). In diesem Sinne sind (Re-)Präsentationen das Leitthema des vorliegenden newsletters.

Sich präsentieren kann man/frau durch Veröffentlichungen. Unter Federführung von ISL-Jena ist eine Broschüre zum Thema Gesundheit für behinderte und chronisch kranke Menschen erschienen. Sie hat heftige Reaktionen ausgelöst und Gerlef Gleiss bezeichnet die dort dargebotenen Inhalte als Tiefpunkt (► S. 4). Offen blieb hier die Frage, ob das vorgestellte Gesundheits- und Behindertenbild noch mit den früheren Ansätzen der Krüppelbewegung zu tun hat. Volker van der Locht versucht darauf eine Antwort zu geben (► S. 2).

Um Präsentationen geht es auch in Thomas Schmidts Artikel. Er problematisiert eine US-Gesetzesinitiative gegen sexuelle Ausbeutung. Wird sie durchgesetzt, berührt sie durchaus das Recht behinderter Menschen, sich selbst in erotischen Posen der Öffentlichkeit zu präsentieren (► S. 7).

Das Gegenteil der öffentlichen Präsentation bezieht sich selbstverständlich auf den historischen Artikel über die geheime Reichssache Euthanasie. Trotzdem gibt es beim Thema jüdische Behinderte und Holocaust eine Verbindung zu unserem Leitwort. Wie finden die unterschiedlichen Vernichtungsaktionen in den Präsentationen öffentlichen Gedenkens heute ihren Platz (► S. 6)?

Gegen die oft düsteren Themen möchten wir jedoch direkt auf dieser ersten Seite auf den unvermuteten Glücksfall der Ateliergemeinschaft Schlumper hinweisen, die sich mit einer Ausstellung in Hamburg mit ihren Werken der Öffentlichkeit präsentieren.

Alle Beiträge kreisen letztlich um die Frage unseres Selbstverständnisses. Wie stellen wir uns dar? Was und wen wollen wir repräsentieren? Antworten der Leser und Leserinnen sind erwünscht und können der Redaktion eingereicht werden. In diesem Sinne.

Für die Redaktion

VOLKER VAN DER LOCHT

Die Wissenschaft hat festgestellt

Krüppel- und ISL-Bewegung im Vergleich

Kürzlich ist von ISL eine Gesundheitsbroschüre erschienen (siehe auch Seite 4), die in den Reihen emanzipierter Behinderter einige Irritationen ausgelöst hat. Gibt es in den Zeilen der Broschüre noch etwas, was an den provokativen Geist der Krüppelbewegung der 1980er Jahre erinnert? Um vorschnellen Urteilen vorzubeugen, haben wir uns von der Redaktion des newsletters überlegt, auf diese Frage eine möglichst neutrale und sachlich fundierte Antwort zu geben. Dazu haben wir einen Forschungsauftrag an die auf ihrem Gebiet als internationale Kapazitäten anerkannten WissenschaftlerInnen Herr Prof. Dr. K. Ruppel und Frau Prof. Dr. B. Lind vergeben. Sie wurden ersucht, ein schriftliches, ausführliches, wissenschaftlich begründetes Gutachten darüber zu erstatten, ob und welche Gemeinsamkeiten/Unterschiede zwischen den Ansätzen der Krüppelbewegung und ISL-Bewegung existieren.

Die Leserinnen und Leser werden verstehen, dass die umfangreich angelegte Studie noch nicht abgeschlossen ist. Dennoch lassen die bisher sich abzeichnenden Ergebnisse spektakuläre Einsichten erwarten. Wir wollten sie der Leserschaft nicht vorenthalten und veröffentlichen Auszüge aus einem Zwischenbericht. Wir weisen darauf hin, dass für möglicherweise zu grobe Vereinfachungen und Verkürzungen der dargestellten Inhalte allein die Redaktion verantwortlich ist.

Aus dem Zwischenbericht

Zentraler Begriff und Titel der ISL-Broschüre ist „Gesundheit“. Er ist der Ausgangspunkt unserer Untersuchung, und es stellte sich die Frage, wo der Begriff im Kontext der Krüppelbewegung aufscheint. Wir stießen zunächst auf die alternativen Gesundheitstage der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Hier interessierte uns besonders der von Michael Wunder und Udo Sierck herausgegebene Band „Sie nennen es Fürsorge“ (erschienen Berlin 1982).

Schon die Titelnennung verdeutlicht einen erheblichen Unterschied: Der Begriff Gesundheit taucht dort nicht auf. Dieser erste Eindruck verfestigt sich beim Vergleich der Untertitel: „Gestaltungsmöglichkeiten für ein gesundes und aktives Leben behinderter und chronisch kranker Menschen“ (ISL

oder „Behinderte zwischen Vernichtung und Widerstand“ (Wunder/Sierck). Allein ein Vergleich der Publikationstitel lässt daher auf Diskrepanzen im Gesundheitsverständnis von ISL und Krüppelbewegung schließen und führte zu einer ersten Forschungshypothese:

Die Krüppelbewegung hatte ein wesentlich politischeres Selbstverständnis als ISL.

Auf der Basis dieser Hypothese schauten wir uns die Inhaltsübersichten beider Publikationen an. Um es vorweg zu nehmen: Sie bestätigte sich. Während es beim Fürsorge-Buch im ersten Schwerpunktteil um Faschismus und Vernichtung behinderter Menschen geht (S. 9ff), berichten die Verfasserinnen der ISL-Broschüre auf Seite 40 über „Eine gesunde Kaffeerrunde“.

Wesentlich konkreter bestätigte sich unsere Hypothese bei einer genaueren Textanalyse. So findet sich im Fürsorge-Buch auf Seite 132 ein Gedicht mit dem bezeichnenden Titel „Sparprogramm“. Zum besseren Verständnis zitieren wir hier einige Passagen:

„Umfangreiche Sparmaßnahmen seien erforderlich um den Frieden zu sichern weil es zu teuer ist beschloß der Sozialstaat
Kosten für Personal und Sachmittel kann man sich sparen

solange Tabletten das Wirtschaftswachstum der Pharmaindustrie sichern (...)
wöchentlich nur noch ein kostenloser Transport für Rollstuhlfahrer der zweite wird eingespart (...)
auch die Industrie spart sich Einstellungen 100 Mark Ablösesumme sind rentabler...“

Beeindruckend ist die Aktualität dieser Zeilen. Sie könnten heute geschrieben sein. Gut, der Betrag und die Währungseinheit bei der Ausgleichsabgabe stimmen heute nicht mehr. Aber wer weiß, vielleicht ist das Gedicht unserer Zeit voraus. Es kann doch nicht ausgeschlossen werden, dass bei den anstehenden Sparorgien infolge der Finanzkrise der Betrag wieder abgesenkt wird. Die Wiedereinführung der D-Mark ist auch nicht ganz unrealistisch. Es ist schon bemerkenswert, wie vor fast 30 Jahren ein gesellschaftspolitisches Thema in der Dokumentation eines GESUNDHEITS-Tages präsent ist. In der ISL-Broschüre findet sich dazu überhaupt nichts. Stattdessen wird alles der Verantwortung des Einzelnen überlassen. Zum Beispiel „Bewegung . Jeden Tag etwas bewegen“ (S. 25f).

Wer nun denkt, es geht beim „etwas bewegen“ um gesellschaftliche Veränderungen, sieht sich getäuscht. Es geht lediglich um die Vermeidung von Bluthochdruck, Übergewicht und anderer Phrasen unserer Gesundheitsapostel. Nun möchten wir nicht bestreiten, dass fehlende Bewegung zu gesundheitlichen Problemen führen kann. Muss es aber gar so individualistisch sein? Erinnert sei an die Friedensbewegung vor 30 Jahren, als auch die Krüppelbewegung ihre spektakulären Aktionen durchführte. Dort gab es die oftmals belächelten Aktionsgruppen wie Beten oder Schweigen für den Frieden. Wirken diese aus heutiger Sicht nicht geradezu politisch? Also frisch voran! Versammeln wir uns auf einem

Gesundheit!

Gestaltungsmöglichkeiten
für ein gesundes und aktives Leben
behinderter und chronisch kranker Menschen



zentralen städtischen Platz zu einem kollektiven Yoga gegen Sozialabbau. Fördert die Gesundheit in Verbindung mit einem politischen Anliegen!

Im Kampf um Freiheit ging es in früheren Auseinandersetzungen hierzulande einmal gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In der ISL-Broschüre wird die Unfreiheit auf die Suchtabhängigkeit des Einzelnen reduziert. „Wer süchtig ist, ist nicht mehr frei!“ (S. 32). Es ist sicher richtig, dass diverse Süchte bestimmte Krankheitsrisiken erhöhen. Rauchen und erhöhtes Krebsrisiko ist ein häufig strapaziertes Beispiel dafür. Es findet auch in der Broschüre auf Seite 32f seinen Platz. Wir verwarren uns aber energisch gegen diesen sich so verantwortungsbewusst und neutral gebenden Habitus der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Oder ist es noch niemanden aufgefallen, dass sich die allseits bekannten Antiraucher-Kampagnen ausschließlich gegen das Rauchverhalten der Unterschichten richten – dem Zigarettengenuss. Die Rauchkultur der Reichen und Mächtigen (Zigarre und Pfeife) findet schlicht nicht statt.

Hier gibt es phantastische Möglichkeiten, dem einseitig reaktionären Klassenstandpunkt der Bundeszentrale entgegenzutreten. Wie wäre es mit einer Plakataktion anderen Typs: zum Beispiel mit dem Motiv eines Zigarrerauchenden Managers – mit Ex-Kanzler Gerhard Schröder etwa – auch als Genosse der Bosse bekannt? Oder ein

Plakat gegen Alkohol: illustriert mit einer Runde Sektkorkknallender Manager, schier besoffen vom explodierenden Aktienkurs ihrer Firma, nachdem sie tausende Arbeitsplätze vernichtet haben? Oder mit dem Bild stier dreiblickender Spekulanten an einer Börse des KASINO-Kapitalismus. Handelt es sich bei dieser ganzen Zockerei dort nicht um Spielsucht? KritikerInnen einer solchen Kampagne werden einwenden, Gesundheit ist ein viel zu ernstes Thema, um darüber zu spotten. Ihnen sei entgegnet: Es war schon immer eine Form des Widerstands, die Herrschenden der Lächerlichkeit preiszugeben? Das entspräche doch auch den Zielen der ISL-Broschüre, wenn wir die Zeilen auf Seite 32 ERNST nehmen: „Behalten Sie Ihren Sinn für Humor! Lachen ist das allerbeste Mittel gegen BurnOut.“

Wir belassen es bei diesen Textbeispielen und möchten abschließend unsere Hypothese an der Bildgestaltung der Einbände beider Publikationen diskutieren. Sie ist sicher entscheidend für die Wirkung in der Öffentlichkeit.

Das Titelbild der ISL-Broschüre zeigt das Konterfei eines Stethoskops und eines Apfels. Es suggeriert die Versöhnung von Natur und Technik vergessend, welche zerstörerischen Konsequenzen Technik nicht nur auf Menschen mit Behinderung haben kann. Die auf Harmonie angelegte Darstellung entspricht dem im Text erzielten Befunde, gesellschaftliche Kontexte von Gesundheit auszublenden.

Dagegen ist die Gestaltung des Buches „Sie nennen es Fürsorge“ wesentlich komplexer. (siehe Abbildung) Erster Blickfang ist ein Rollstuhlfahrer in der Farbe Rot! Rot steht für Antikapitalismus, Sozialismus, Aufstand, Revolution. Dazu ist der Behinderte noch mit strubbeligen Haaren dargestellt. Das suggeriert Unangepasstheit und Normwidrigkeit. Ganz anders die Zeichnung des nichtbehinderten Helfers hinter dem Rollstuhl. Sie hat die Form eines ebenmäßigen Piktogramms, wie wir es von Hinweisschildern zu Toiletten oder Feuerfluchtwegen etc. kennen. Im Vordergrund findet sich ein weiterer Piktogramm-Nichtbehinderter.



Er entwirft auf einem Zeichenbrett einen idealen Rollstuhlfahrer mit exakt bestimmbaren Längen- und Winkelmaßen. Hier wird offensichtlich der normgerechte Behinderte konstruiert mit dem passenden Body-Maß-Index wie die Nichtbehinderten. Gegen diesen Normierungsdruck hatte sich die Krüppelbewegung gewehrt. Mehr noch: Der Widerstand dagegen war ein zentrales Anliegen und soll dem Leser/der Leserin beim ersten Eindruck der Publikation unmittelbar nahe gebracht werden.

Bezogen auf die Fragestellung des Forschungsauftrags möchten wir unsere Ergebnisse wie folgt zusammenfassen: Die Krüppelbewegung hatte im Vergleich zur ISL-Bewegung einen klaren politischen Ansatz zur Kritik der politischen Verhältnisse insofern überwiegen die Unterschiede. Ob es Schnittmengen im Gesundheitsverständnis der Krüppelbewegung und der ISL-Bewegung gibt, konnte nicht endgültig beantwortet werden. Im Vergleich zweier Broschüren ließen sie sich nicht nachweisen. Aufgrund dieser schmalen Datenbasis müssen hier die Ergebnisse der noch laufenden Forschungen abgewartet werden. Wir hoffen, dass diese noch zu anderen Resultaten führen werden.

Verantwortlich für die redaktionelle Bearbeitung des Berichts

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Tiefpunkt

Kurz vor ihrem 20. Geburtstag will die Interessenvertretung selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL) scheinbar beweisen, dass sie schon zum alten Eisen gehört, welches niemand mehr so richtig braucht.

Unter der Verantwortung des Zentrums für selbstbestimmtes Leben in Jena wurde eine Broschüre mit dem Titel „Gesundheit!“ herausgegeben. Auf gut 40 Seiten üppigen Hochglanzpapiers nimmt die ISL dazu Stellung, was Prävention und Gesundheitsaufklärung behinderte Menschen angeht. Schon diese Form der Broschüre irritiert. Erinnert sie doch mehr an Publikationen von Bundesministerien oder der mit aufwendigem Werbematerial um sich schmeißenden evangelischen Stiftung Alsterdorf aus Hamburg. Aber damit nicht genug! Der Inhalt entspricht leider dieser Form. Seitenweise wird die Propaganda des Bundesgesundheitsministeriums und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung kritiklos wiedergekaut, dass jeder für sich selbstverantwortlich ist und sich gesundheitsbewusst verhalten sollte, sonst würde er mit Krankheit bestraft. Selbst der Quatsch vom Body-Mass-Index (BMI) bleibt einem nicht erspart!

Das einzige was den AutorInnen darüber hinaus einfällt, sind die Forderungen nach leichter Sprache bei dieser Propaganda und barrierefreien Zugängen zu den Orten, in denen wir diese Gesundheitspropaganda über uns ergehen lassen müssen. Kein einziges Wort zur grundsätzlichen Problematik der „Prävention“! Seit Jahrzehnten wird doch zumindest in Teilen der Selbstbestimmt Leben Gruppen auch auf die unvermeidliche Kehrseite dieser Prävention hingewiesen.

Bedeutet doch staatliche Kampagnen für Vorsorge und mehr Gesundheit für alle diejenigen, die nicht mitmachen wollen oder nicht mitmachen können, einen Zwang

zur Gesundheit oder soziale Abwertung und Aussonderung. Mit jeder Fitnesswelle kommt auch die öffentliche Diskussion darüber, was die gesetzlichen Krankenkassen davon bezahlen sollen und es kommt die Forderung auf, dass Menschen, die sich an der Fitnesswelle beteiligen und gesundheitsbewusst leben, weniger Kassenbeiträge zahlen müssen. Werfen wir noch mal einen Blick auf den Body-Mass-Index. Dieser wurde doch von den US-amerikanischen Lebensversicherungen wieder belebt und in die öffentliche Diskussion eingebracht. Auch bei vielen europäischen Lebensversicherungen ist es inzwischen so, dass dicke Menschen höhere Prämien bezahlen müssen. Die Pharmaindustrie hat dafür gesorgt, dass die BMI-Tabelle immer mehr heruntergesetzt wurde. Dünn gilt immer mehr als gesund und normal. Mit den vielen Schlankheitspillen und dem „Diätenwahn“ lassen sich riesige Profite machen. Wenn die AutorInnen der Broschüre konsequent wären, hätten sie auch Tabellen über die Gewichte einzelner Körperteile mitliefern müssen. Denn was nützen körperbehinderten Menschen, denen Gliedmaßen fehlen oder die krumm und kleinwüchsig sind, die Tabellen mit den Maßen und Gewichten normalwüchsiger Menschen. Bei Wikipedia, dem Internetlexikon finden wir tatsächlich eine solche Tabelle.

Vom „Gesundheitswahn“ und vom „Fetisch Gesundheit“ scheinen die AutorInnen ebenfalls noch nichts gehört zu haben. Je breiter und erfolgreicher staatliche Gesundheitskampagnen sind, umso mehr wird der Wert „Gesundheit“ erhöht und davon abweichendes Verhalten, Krankheit und Behinderung verteufelt. Krankheit und Behinderung gelten immer mehr als vermeidbare Übel, die lebenden behinderten Menschen werden zur nicht mehr unbedingt hinnehmbaren Zumutung. Prävention heißt heute zudem vielfach vor allem vorgeburtliche Diagnostik. Meist mit dem Ergebnis, dass als einzige Therapie



Gerlef Gleiss, der Autor dieses Beitrags

die Beendigung der Schwangerschaft bleibt. Spätestens dann sind „heilen“ und „vernichten“ nicht mehr zu trennen. Vorsorge wird zwangsläufig zur Selektion, zum Nicht-mehr-Zulassen von unerwünschten Abweichungen.

Staatliche Gesundheitskampagnen sollen immer auch die Gesundheitskosten senken. Untrennbarer Bestandteil dieser Kampagnen sind die Diskussionen darüber, welche Medikamente und Therapien die Krankenkassen noch zahlen müssen. Ist es nicht vernünftig, bestimmte Therapien nur dann zu zahlen, wenn sich die Versicherten entsprechend gesundheitsbewusst verhalten? Ist es nicht gerechtfertigt, Menschen, die bewusst ungesund leben oder eine riskante Lebensweise pflegen, aus den Krankenkassen zu werfen oder ihnen zumindest höhere Beiträge abzuverlangen?

ERNÄHRUNG: Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen

Essen kann Genuss sein. Gesundes Essen kann Genuss sein. Zu viele Pfunde dagegen belasten Körper, Seele und auch die Pflegeperson. 65% der Männer und 55% der Frauen gelten laut Ernährungsbericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung als übergewichtig und sind dadurch stark gefährdet, ernsthaft zu erkranken.

Gute Ernährung ist die Basis für ein gesundes Leben und hat unmittelbare Auswirkungen auf unsere Konzentrations- und Leistungsfähigkeit. Gesunde Ernährung schützt vor ernährungsbedingten Krankheiten und beeinflusst maßgeblich das Wohlbefinden. Bluthochdruck, Verkalkung von Gefäßen, Herzinfarkt oder Schlaganfall und bestimmten Krebserkrankungen (besonders Dickdarm-, Brust- und Magenkrebs) können mit einer bewussten Ernährung vorgebeugt werden.

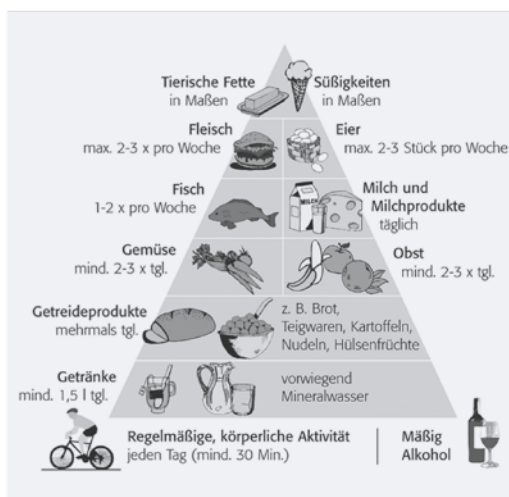
Bestehende Stoffwechsel- und Darmstörungen werden durch eine falsche Ernährung begünstigt oder verstärkt.

Essen ist von bestimmten Verhaltensmustern geprägt. Es kann Trost oder Lust sein, gleichgültig oder zwanghaft zu sich genommen werden oder auch sehr bewusst, um dadurch nicht (zusätzlich) krank oder behindert zu werden.

In Lebensmitteln stecken viele Gesundheitsmacher, besonders wenn es sich um die natürlichen, nicht chemisch behandelten Lebensmittel handelt. Obst und Gemüse enthalten sekundäre Pflanzenstoffe, Vitamine und Mineralien. Die gesundheitsfördernde Wirkung der sekundären Pflanzenstoffe zeigt sich in ihrer zellschützenden Wirkung, Blutdruckregulierung, Senkung des Cholesterinspiegels, Blutzuckerregulierung, Verdauungsförderung, in der Stimulation des Immunsystems sowie der Reduzierung des Krebsrisikos. Der Farbstoff der Karotte

(das Beta-Karotin) sorgt für Vitamin A, der Farbstoff der Aubergine stärkt das Herz. Kalzium und Vitamin wirken der Osteoporose (dem Knochenabbau) entgegen. Nach einer englischen Studie verringern schon 3 bis 5 Portionen Obst und Gemüse am Tag die Gefahr eines Schlaganfalls um 11%. Wer mehr als fünf Mal pro Tag zu Äpfeln, Birnen und Karotten greift, hat danach sogar ein 26% niedrigeres Risiko als Menschen, die weniger als 3 Portionen täglich essen. (The Lancet, Bd. 367, S. 320) Omega-3-Fettsäuren – bekannt als die guten Fette, unter anderem enthalten in Pflanzenölen, Seefisch, Nüssen – wirken zum Beispiel positiv bei rheumatischen Erkrankungen, Herz-Rhythmusstörungen und Schuppenflechte. Sie reduzieren das Herzinfarkt- und Krebsrisiko.

Richtig essen lohnt sich also, will aber auch gelernt sein. Was gesund ist und was nicht, veranschaulichen Ernährungspyramiden. Am unteren breiten Ende der Ernährungspyramide finden sich Mineralwasser, Säfte, Tees, Getreideprodukte, Obst und Gemüse – davon darf



20

Seite 20 der ISL-Broschüre „Gesundheit!“

Bei der Forderung nach einem „nationalen Gesundheitsplan“ sollte man in Deutschland doch nicht einfach nur brav zustimmen, sondern zumindest kurz innehalten, gründlich nachdenken und auf die schrecklichen Folgen hinweisen, die im Streben nach einer „gesunden Nation“ in der Vergangenheit angerichtet wurden. Zehntausende behinderte Menschen mussten im Namen der deutschen Volksgesundheit immerhin ihr Leben lassen! Beim Thema Gesundheit sollte man auch wenigstens darauf hinweisen, dass es die sozialen Verhältnisse und das mörderische gesellschaftliche Tempo sind, die krank machen, dass die einzige wirk-

liche Prävention daher nur eine radikale Veränderung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse sein kann. Nichts davon finden wir in dieser ISL-Broschüre. Kein Wort zur schrecklichen Situation, dass allein in Deutschland sich hunderttausende Menschen kaputt und krank schufteten müssen, während gleichzeitig Hunderttausende andere dadurch krank werden, weil sie keine Erwerbsarbeit erhalten. Millionen Menschen wurden in den Niedriglohsektor gedrängt und haben Mühe das Lebensnotwendige zu finanzieren. Da ist es doch blanker Zynismus lediglich zu fordern, mehr an die frische Luft zu gehen! In unseren autoverseuchten Städten! Und

selbst für seine Gesundheit verantwortlich zu sein und gefälligst gesunde Lebensmittel zu kaufen! Bei der Allgegenwärtigkeit von Coca-Cola und MacDonalds ist das ist doch schon lange keine „freie“ Entscheidung mehr. Die Zuckerprodukte von Nestle und Consorten rauben doch schon Babys und Kleinkindern den Verstand. Das Verbrechen ist doch nicht, Coca-Cola zu trinken und Burger zu essen – das wirkliche Verbrechen ist doch Cola und Burger zu produzieren und millionenfach zu verkaufen.

Das Ausrufungszeichen im Titel der Broschüre scheint bewusst gewählt und soll wohl das neue Verständnis von Selbstbestimmung ausdrücken. Lebe brav und gesund!

Ich weiß, dass niemand bei ISL Befürworter von vorgeburtlicher Selektion oder Anhänger utilitaristischer Bioethik ist. Aber die Broschüre soll ja aufklären und daher ist es natürlich erforderlich, die Zusammenhänge zumindest zu erwähnen. Ich weiß, dass die Bundesgeschäftsstelle von ISL vom Bundesministerium für Gesundheit und dort aus dem Topf für Prävention finanziert wurde und vielleicht auch weiterhin wird, dass diese Broschüre daher vermutlich in den Augen ihrer MacherInnen nur eine lästige Pflichtleistung war. Das entschuldigt aber gar nichts! Diese Broschüre ist ein politischer Tiefpunkt, der nicht das letzte Wort zum Thema sein darf.

GERLEF GLEISS, HAMBURG

Impressum

NEWSLETTER BEHINDERTENPOLITIK NR. 40
(erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 50)

REDAKTIONSTEAM:

Volker van der Locht, Tel. 02 01 / 4 30 92 55
E-Mail: volkervanderlocht@t-online.de

Thomas Schmidt, Tel. 089 / 54 07 27 94
E-Mail: todasch@t-online.de

Jörg Fretter (V.i.S.d.P.), Friedensplatz 6,
35037 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 50 29
E-Mail: newsletter@joergfretter.de

BEITRÄGE IN DIESER AUSGABE:

Volker van der Locht, Gerlef Gleiss, Thomas Schmidt

LAYOUT: Jörg Fretter

DRUCK: zeitdruck Thäns, Essen

Juni 1940:

Der Beginn der Ermordung jüdischer Behinderter und der Holocaust

„Am 21. September ist mein Sohn Heinz Israel von Rothenburg nach dort gekommen, um von dort mit anderen Kranken weitergeschickt zu werden. Da ich bis heute keine Nachricht habe, wohin mein liebes Heinzchen gekommen ist, können Sie sich denken, in welcher Unruhe ich mich befinde. Ich erlaube mir die ergebene Anfrage, ob Sie mir nicht sagen können, wohin die Kranken gekommen sind.“

Die hier zitierten Sätze entstammen einem Brief, den eine besorgte Mutter im Oktober 1940 an die niedersächsische Heilanstalt Wunstorf sandte. Die Nennung des Zweitnamens Israel weist darauf hin, dass es sich um einen jüdischen Jungen handelte. Der Adressat, die Anstalt Wunstorf, war eine der Sammelanstalten für jüdische Anstaltspatienten, bevor diese im Rahmen einer Sonderaktion in die „Euthanasie“ geschickt wurden.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des Briefes war die Vernichtungsaktion an jüdischen Behinderten schon angelaufen. Sie war der bisherige Höhe- besser Tiefpunkt einer schon lange vorher begonnenen Politik der Ausgrenzung und Marginalisierung. Denn aufgrund ihrer Zwischenstellung als Juden und als Anstaltspatienten waren die jüdischen Behinderten von zwei Seiten bedroht. Auf der einen Seite waren sie von der Politik der Kostensenkung im Anstaltswesen seit der Weltwirtschaftskrise betroffen und wurden so mit als erste zu den „Ballastexistenzen“ der NS-Volksgemeinschaft deklariert. Auf der anderen Seite waren sie von den antisemitischen Stigmatisierungen infolge der Rassengesetze betroffen. Neben der Namensgebung „Israel“ verfügte das Reichsinnenministerium für die Anstalten im Juni 1938 die Trennung von deutschen und jüdischen Insassen aufgrund der angeblich bestehenden „Ge-

fahr der Rassenschande“. Als Gründe wurden angeführt:

- die Weigerung so genannter arischer Patienten, die Einrichtung mit jüdischen Kranken zu teilen,
- die Weigerung von Angehörigen deutscher Insassen, ihre kranken Familienmitglieder einer Einrichtung anzuvertrauen, die auch Juden und Jüdinnen beherbergte,
- die Weigerung des Personals, Juden zu pflegen.

Die Vordergründigkeit dieser Argumentation wurde schon allein durch die traditionell praktizierte Geschlechtertrennung im deutschen Anstaltswesen widerlegt. Von daher war das Argument der „Rassenschande“ nur ein zusätzliches Moment, die jüdischen Anstaltsinsassen gegenüber den deutschen zusätzlich zu diskriminieren.

Doch damit nicht genug. Am 15. April 1940 forderte das Reichsinnenministerium von allen untergeordneten Dienststellen Angaben über die Anzahl jüdischer Anstaltspatienten. Zeitlich parallel ermittelte die Gestapo in gleicher Sache. Ihre Ansatzpunkte waren die jüdischen Gemeinden. Sie sollten Auskunft darüber geben, für wie viele Kranke und Behinderte sie Pflegeleistungen zahlten.

Die Daten bildeten die Grundlage für weitere Erlasse. Noch während im Juni das Ministerium bei den unteren Verwaltungsstellen die Angaben der April-Verfügung anmahnte, ging ein erster Transport von 200 jüdischen Männern, Frauen und Kindern von der Heilanstalt Berlin-Buch in das ehemalige Zuchthaus Brandenburg/Havel. Dort hatte unter dem Arzt Irmfried Eberl die „Euthanasie“ bereits begonnen. Ihm wurden auch die jüdischen Kranken zur Tötung zugeführt. Im August 1940 folgte ein weiterer Erlass. Getreu dem Scheinargument der Rassenschande begann er mit den

Worten: „Der noch immer bestehende Zustand, dass Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht sind, gibt zu dauernden Beschwerden des Pflegepersonals und der Angehörigen Anlass und kann daher nicht weiter hingenommen werden.“

Danach wurden die Sammelanstalten benannt, in die die Anstalten, kirchliche wie staatliche, ihre jüdischen Pfleglinge abzugeben hatten.

Dieser Erlass wurde von den einzelnen Landesregierungen bzw. ihren Wohlfahrtsverwaltungen zeitlich unterschiedlich umgesetzt. Nach der ersten Verlegung aus Berlin-Buch vom Juni folgte aufgrund dieser Verfügung im Juli die Deportation weiterer Berliner Juden nach Brandenburg. Am 30. August des Jahres wurde der Erlass unter anderem in der Provinz Hannover umgesetzt. Als Sammelanstalt wurde die Landesheilanstalt Wunstorf benannt. Darauf bezog sich auch das oben zitierte Schreiben der besorgten Mutter. Als sie ihren Brief schrieb war ihr Sohn bereits nicht mehr in Wunstorf. Am 27. September 1940 holte die Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft, Transportstaffel der „Euthanasie“-Bürokratie, die Kranken ab, um sie mit unbekanntem Ziel weiter zu verlegen.

Zielorte wurden den Angehörigen nicht mitgeteilt. Das galt für alle regional unterschiedlichen Transporte mit jüdischen Kranken. Als offizielle Sprachregelung der Mörder wurde dann den Angehörigen mitgeteilt, die Kranken seien in eine polnische Anstalt Cholm oder Chelm im Bezirk Lublin verlegt worden. Eine Anstalt gab es in dieser Stadt aber nicht. Briefe an die Angehörigen wurden in der Berliner „Euthanasie“-Zentrale verfasst, per Kurier in den polnischen Ort gebracht und von dort, mit dem passenden Poststempel Cholm versehen, an die Familien gesandt.

Wenn die Angehörigen eine Todesnachricht mit Sterbeurkunde aus Cholm erhielten, waren die Verlegten längst tot. Denn tatsächlich starben die Deportierten Wochen vorher in deutschen „Euthanasie“-Anstalten, wie auch Irmfried Eberls Einlassungen zu Brandenburg belegen.

Eine genaue Zahl ermordeter jüdischer Behinderter lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Anfang 1940 schätzte die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, dass mindestens 2.500 Juden in staatlichen Anstalten untergebracht waren. Darin nicht einbezogen waren österreichische Juden, jüdische Patienten in privaten Heimen, jüdische Mischlinge und Juden, die nicht der Reichsvereinigung angehörten. Unter Einbeziehung dieser Menschen ist es nicht unwahrscheinlich, dass etwa 4-5.000 behinderte Jüdinnen und Juden in den „Euthanasie“-Anstalten getötet wurden. Diese Mordaktion stellte ein wichtiges Bindeglied zwischen „Euthanasie“ und Holocaust dar. Irmfried Eberl, Tötungsarzt in Brandenburg, war zeitweise Lagerkommandant des Konzentrationslagers Treblinka. Er war nur einer der „Euthanasie“-Mörder, die ihr Fachwissen in den Dienst der Vernichtung der europäischen Juden stellten.

Der innere Zusammenhang von „Euthanasie“ und Holocaust wird in der Erinnerungskultur hierzulande immer noch verschwiegen. Und das, obwohl er längst bekannt ist. Schon in den 1990er Jahren stellte der jüdisch-amerikanische Historiker Henry Friedlander, der selbst Angehörige in Auschwitz verloren hat, dazu fest:

„Wir haben wieder und wieder die Verbindung zwischen den Mordaktionen gegen Behinderte, Juden und Zigeuner gesehen. (...) Seit dem Krieg hat sich das öffentliche Interesse aber auf die Ermordung der Juden konzentriert, während die der Behinderten und der Zigeuner bis vor kurzem wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Man kann jedoch keine der Mordaktionen ohne Bezug auf die anderen erklären. Zusammen stellen sie den NS-Genozid dar.“

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Schutz durch Bevormundung?

Die Massachusetts House Bill 1668 oder: zu alt für Schweinkram

Kathi-Anne Reinstein, Mitglied des Repräsentantenhauses des US-Bundesstaates Massachusetts (also in etwa vergleichbar mit einer deutschen Landtagsabgeordneten) möchte das Landesgesetz gegen Kinderpornographie zu einer Waffe gegen sexuelle Ausbeutung generell ausbauen. Zu diesem Zweck soll der Tatbestand auf andere „schutzbedürftige“ Personengruppen ausgedehnt werden, konkret auf SeniorInnen ab 60 und auf Menschen mit Behinderung.

So unstrittig das Ziel ist, so macht sich in der amerikanischen Selbstbestimmte-Leben-Szene allerdings mittlerweile zunehmend Unbehagen breit angesichts der Auswirkungen, die „House Bill 1668“ (bisher handelt es sich lediglich um eine Gesetzesinitiative) in der Praxis haben würde. So weist etwa der Rechtsprofessor Eugene Volokh darauf hin, dass der Vorschlag in seiner vorliegenden Fassung keineswegs auf „nicht-einwilligungsfähige“ Menschen und auch nicht auf Aufnahmen gegen den Willen der abgebildeten Person beschränkt wäre - ob mit Absicht oder aufgrund einer schlampigen Formulierung, muß offen bleiben. Dies würde bedeuten, dass etwa der Ehepartner eines beliebigen 61-jährigen Menschen mit hohen Geld- oder langjährigen Haftstrafen rechnen muß, sobald er in „lüsterner Absicht“ Nacktfotos seines Partners macht. Das gleiche gilt auch für behinderte Menschen jeglichen Alters.

Abgesehen von der willkürlich anmutenden Altersgrenze und den praktischen Problemen, die ein solches Gesetz mit sich brächte (soll sich künftig jeder Hobbyfoto-

Return to:

Member directory
Legislative Districts by city and town
General Court home page
Commonwealth of Massachusetts home page.

STATE REPRESENTATIVE KATHI-ANNE REINSTEIN

State House
Room 171
State House
Boston, MA 02133
Telephone: 617-722-2783
Facsimile:
E-Mail: Rep.KathiReinstein@hou.state.ma.us

Party Affiliation - DEMOCRAT

DISTRICT REPRESENTED: Sixteenth Suffolk - Consisting of precincts 1, 2 and 3 of ward 4, precincts 1 and 2 of ward 3, and precinct 1 of ward 2 of the city of Boston.

EDUCATION: Revere High School; Suffolk University, B.S.; Emerson College, M.A.

PROFESSION: Legislator.

ORGANIZATIONS: Revere 1st; Santa Fund; Revere Chamber of Commerce; Revere Democratic City Committee; Mass. House (19th District) Democratic Caucus.

PUBLIC OFFICE: Revere Democratic City Committee; Mass. House (19th District) Democratic Caucus.

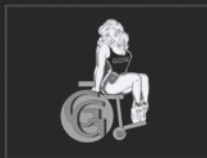
Committees on which the legislator served:

Die Website von Mrs. Reinstein

graf die Geburtsurkunde der von ihm - freiwillig! - in erotischen Posen Geknipsten zeigen lassen? Wie will er sichergehen, dass nicht etwa eine unsichtbare Behinderung sein Fotomodell zu einer schutzbedürftigen Person macht?: Zu welchem Zweck werden ausgerechnet diese beiden Gruppen herausgesucht? Es handelt sich um diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, denen im Allgemeinen am wenigsten erotische Attraktivität zugewilligt wird und die zugleich - deshalb oder trotzdem? - als Opfer eines (bevorzugt männlichen) voyeuristischen Blickes und entsprechender Nachstellungen prädestiniert erscheinen.

Zunächst ist es jedoch bemerkenswert, dass Pornographie mit behinderten Menschen überhaupt ein Thema werden konnte und die Existenz eines Marktes, von Personen also, die solche Bilder oder Videos als stimulierend empfinden und dafür Geld bezahlen, anerkannt wird. Das war nicht immer so, und auch heute noch werden derartige Neigungen oft ignoriert oder bestenfalls psychiatrisiert und als Resultat einer fehlgeleiteten Per-

Gimps Gone Wild



The HOTTEST disabled site on the net!

Enter

Please check out yahoo group or our myspace page for updates!

intörnte | abokoll | us | Models | freischöne n Model

Die Website von „Gimps Gone Wild“

sönlichkeitsentwicklung abgetan. Zugleich werden behinderte und alte Menschen offenbar weithin - nicht nur in den traditionell prüden USA - immer noch als asexuelle Wesen betrachtet, deren Einwilligung zu erotischen Darstellungen als undenkbar erscheint. Dieser Geist bestimmt auch die „House Bill 1668“, die jeder Selbstbestimmung im sexuellen Bereich Hohn spricht, wenn auch in bester Absicht. Gerade aber, um die unzweifelhaft wichtige Intention eines solchen Gesetzes - den wirksamen Schutz vor Ausbeutung und der Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen - wirksam werden zu lassen, braucht es einen genaueren Blick auf das Pornogeschäft wie auch auf die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, als ihn die „House Bill 1668“ erkennen läßt.

Vor allem ein verändertes Verhältnis vieler behinderter Menschen zum eigenen Körper ist hier zu nennen. In der Folge der Emanzipationsbewegung seit den 1970er Jahren haben viele (wenn auch bei weitem nicht alle) Behinderte beiderlei Geschlechts damit begonnen, ihre Körper - und auch diejenigen Teile, die dem vorherrschenden Schönheitsideal in keiner Weise entsprechen - nicht mehr schamhaft zu verstecken, sondern selbstbewußt als Teil der eigenen Person anzunehmen. Viele empfinden die öffentliche Präsentation des Körpers geradezu als einen Akt der Befreiung. Es wird als Zeichen der Selbstbestimmung gesehen, selber zu entscheiden, wem man sich u.U. auch nackt präsentiert -

manchmal eben sogar der Öffentlichkeit. Zum Anderen sind mit dem Siegeszug des Internet neue Spielräume für die Präsentation des eigenen Körpers entstanden, die nicht mehr zwangsläufig mit den Kategorien von Ausbeutung und Fremdbestimmung zu fassen sind. Zwar gibt es das klassische Geschäft mit dem (fremden und vorzugsweise weiblichen) Körper natürlich auch im relativ neuen Genre des Krüppelpornos, zwar sind die Grenzen zwischen Lust und Ausbeutung oft fließend und die Notwendigkeit des Gelderwerbs durch den Verkauf von Aktfotos sicher auch hier oft ein wichtiges Motiv, doch gibt es eben auch Beispiele, bei denen das schnelle Urteil in die Irre führen kann.

Da ist beispielsweise die kalifornische Geschäftsfrau mit Osteogenesis Imperfecta, die irgendwann Ende des 20. Jahrhunderts unter dem Künstlernamen „Bonnie“ eine Modelagentur (Gimps Gone Wild, frei übersetzt: „wildgewordene Krüppel“) ins Leben gerufen hat, in der ausschließlich Männer und Frauen mit den verschiedensten körperlichen Behinderungen Fotos und Videos in verschiedenen Stufen der Nacktheit zum Verkauf anbieten, die Chefin miteingeschlossen. Auf der Internetseite www.gimpsgonewild.com findet sich eine Selbstdarstellung, die sich wie ein Manifest zur sexuellen Befreiung Behinderter liest, selbstbewußt, frech und provokant. Hier wird niemand ausgebeutet, jedenfalls nicht mehr, als unter den Bedingungen des freien Marktes üblich (sofern ein Blick via Internet über den großen Teich nicht trügt): Die Models verkaufen ihre Produkte auf eigene Rechnung, Gimps Gone Wild erhält von ihnen lediglich einen Beitrag für Organisation, Marketing und dergleichen.

Sicher, auch bei „GGW“ findet sich einiges von dem, was das Pornogeschäft für den durchschnittlichen, humanistisch gebildeten und liberalen Mittelschichtsbürger so unangenehm macht, wenn Models etwa den exotischen Reiz ihrer körperlichen Merkmale anpreisen, aber das ist eben Business - nicht anders als in der Welt der „non-disabled people“. Man kann dies unappetitlich, dumm oder

verrückt finden und sich darüber Gedanken machen, ob die Beteiligten ihre Fotos auch in 20 Jahren noch für eine gute Idee halten werden, aber man sollte diese Form der „Entblößung“ als - vielleicht skurrilen - Ausdruck der Selbstbestimmung akzeptieren, solange - und nur solange - niemand dazu gezwungen wird.

Hier liegt auch der entscheidende Unterschied zu Kinderpornos, die Ms. Reinstein in unzulässiger Gleichsetzung als Rechtfertigung für ihre Gesetzesinitiative hernimmt: Während ein Kind immer der schwächere und körperlich wie psychisch abhängige Teil einer Beziehung ist und zudem die Tragweite dessen, was mit ihm geschieht, niemals vollkommen überblicken kann, ist hier die Rede von Erwachsenen, die selbstbestimmt das Recht auch auf Fehler haben und daraus lernen müssen. Es geht hier letztlich um das Selbstbild behinderter Menschen - um die Frage, ob wir am Ende doch lieber einen Vormund in Form des Staates haben wollen, der uns vor unseren eigenen Dummheiten schützt.

Grundlegend anders stellt sich die Frage bei dementen, psychisch kranken oder (um den fragwürdigen Begriff zu verwenden) „geistig behinderten“ Menschen, die tatsächlich vor sexueller Ausbeutung geschützt werden müssen. Auch kann man mit guten Gründen jede Form der Pornographie ablehnen, dann aber bitte mit einem klaren und allgemeingültigen Verbot (sofern sich dafür Mehrheiten finden), aber nicht mit diskriminierenden Sondergesetzen, die behinderte und alte Menschen implizit - wieder einmal - zu unmündigen Kindern erklären.

Besser wäre es jedoch, Pornographie als gesellschaftliches Phänomen zur Kenntnis zu nehmen und nach ihren Ursachen zu fragen, anstatt einfach nichts damit zu tun haben zu wollen. Dann müßte allerdings ein Gesellschaftssystem auf den Prüfstand, das Ausbeutung und Entfremdung, marktgerechte Aufspaltung und Verdinglichung des Anderen erst hervorgebracht hat und als Triebfeder seiner Reproduktion immer weiter braucht - viel zu tun also.

THOMAS SCHMIDT, MÜNCHEN